

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

14.3.1931 (No. 62)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
G. A. M. e. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einm. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und versendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Eingang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Ein Barometer deutscher Wirtschaftskraft Zum Ergebnis der Leipziger Messe

Ausstellungen und Messen haben in Kriegsjahren eine besondere Bedeutung. Durch Herausstellung von Qualitätsarbeit in repräsentativen Maßnahmen zieht die deutsche Wirtschaft die Aufmerksamkeit der in- und ausländischen Käuferschicht auf sich; Massenbesuch wird angelockt, es wird erreicht, daß man auf die Qualität heimischer Erzeugnisse aufmerksam wird. Das ist in einer Periode wirtschaftlicher Stodung an sich schon eine Tat wirksamer Konjunkturbelebung.

Man hat die Leipziger Messe das große Schaufenster der deutschen Wirtschaft genannt, vor das sich der Warenbedarf der Welt laufend drängt. Sie ist ein exakt reagierendes Barometer für die steigende oder sinkende Wirtschaftskraft der Völker. Wer von den Ausstellern mit übertrieben hohen Verkaufserwartungen in diesem Frühjahr nach Leipzig ging, sah sich allerdings enttäuscht. Sein Optimismus mußte aufgeben werden an der harten Gesetzmäßigkeit der Zeit: wenn die Produktion in der Welt um mehr als ein Viertel eingeschränkt wurde, wenn ein 20-Millionen-Heer von Arbeitslosen (mit Familienangehörigen rund 80 Millionen Menschen) feiert, wenn die Kaufkraft fast aller Völker auf einen Bruchteil ihres normalen Standes gesunken ist, dann mußte dieses Motto auf der Leipziger Messe sich auswirken. Und wägt man eins gegen das andere ab, den Schwund der Kaufkraft gegen den Messeumfatz, so stellt sich das Ergebnis doch besser dar, als man es ermarren konnte.

Aber das allein ist nicht das Entscheidende. Alte Tradition verweist die Leipziger Messe auf die **Ausfuhr**. Und mag die Aufnahmefähigkeit auch der ausländischen Märkte, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß wie in Deutschland, eingeschränkt sein — hier in Leipzig hatte die deutsche Wirtschaft Gelegenheit, zu beweisen, daß sie in der Krise nicht erschläft ist, daß sie keiner pessimistischen Parole folgte, sondern in Zeiten der Abwärtsbildung und der Kapitalnot, geführt auf einen hochqualifizierten Arbeiterstamm, die Produktion rastlos weiterentwickelte. Das Ergebnis aller dieser Anstrengungen ist auf der einen Seite ein Höchststand in der Qualität der Erzeugnisse und, verglichen mit dem Preisstand vor einem Jahr, eine **Senkung der Preise bis zu 25 Proz.** Zahlreichen Industriezweigen ist der verbilligte Bezug von Rohstoffen, eine für Deutschland wohlthätige Folge der Preisrevolution auf den Weltmärkten, zufließen gekommen.

Zwar haben die ausländischen Konkurrenten, Japaner, Engländer, Tschechen und Österreicher, Schweizer und Franzosen, billige Massenware auf den Markt geworfen, und in der Preisbemessung bleibt die deutsche Industrie nicht auf allen Gebieten weitbewerbsfähig. Aber was zurechtstimmig ist, ist die Tatsache, daß man in Deutschland die Lehren der Wirtschaftskrise zum großen Teil beherzigt hat, daß man anpassungsfähiger geworden ist, daß man sich auf die wechselnden Bedürfnisse des Verbrauchs umzustellen weiß, und vor allem, daß man im Eifer des Aufbaues, der Erforschung, der Höherbildung der Qualität nicht erlahmt — trotz der Krise. Diese Fähigkeit und diese Wendigkeit stimmen zuversichtlich. Die deutsche Produktion hat in schwerster Zeit bewiesen, daß sie für eine kommende Wirtschaftswende erbereitet ist — die wirksamste Art: Vertrauensstriebe und Fatalismus zu überwinden.

### Die Abstimmeungsfeiern in Oberschlesien

Bei einer Besprechung über die Feier der zehnjährigen Wiedergeburt des Abstimmungsstages in Oberschlesien, unter Teilnahme der zuständigen Reichs- und preussischen Ressorts, hat auch der Oberpräsident Lutschke und für den Verband heimattreuer Oberschlesier der Bürgermeister von Ratibor teilgenommen; es wurde über die Art der Feiern eine vollkommene Einigung erzielt.

Am 20. März ist in ganz Oberschlesien schulfrei; es werden Schulferien abgehalten. In allen anderen preussischen Schulen findet eine sogenannte Schulgedenkstunde statt. Die übrigen Länderregierungen sind von der Reichsregierung gebeten worden, ebenfalls solche Feiern abzuhalten. Am Sonntag, den 22. März, finden die offiziellen Feiern statt. Vormittags ist eine Feier in Oppeln, in der voraussichtlich Innenminister Severing sprechen wird. Um 11.30 Uhr findet im ganzen Reich feierliches Glockengeläute statt. Von 11—12 Uhr werden in den einzelnen Abstimmungsgebieten lokale Feiern abgehalten. Nachmittags 4 Uhr findet im großen Stadion in Bentzen eine Feier statt, an der auch Reichszugführer Dr. Brüning, vom preussischen Innenminister Severing begleitet, teilnehmen und die Rede halten wird.

### Die Wohlfahrtsberwerblosenlasten der Städte

BERLIN, 14. März. (Tel.) In den Städten mit über 25 000 Einwohnern, die zusammen 25 Millionen Einwohner zählen, wurden am 28. Februar insgesamt 688 000 Wohlfahrtsberwerblose laufend unterstützt. Von diesen standen 51 500 in Fürsorgearbeit. Gegenüber dem Vormonat (665 000) beträgt die Zunahme 5 Prozent. Außerdem mußten in den berichtenden Städten 109 000 Unterstützungsempfänger der Reichsanstalt in der gemeinlichen Wohlfahrt laufend zusätzlich betreut werden. Fast die Hälfte dieser Unterstützungsempfänger sind Unterstützte der Fürsorge.

750 000 Erwerblose in New York. „Daily Telegraph“ erzählt aus New York, daß die Zahl der Arbeitslosen in New York zur Zeit 750 000 beträgt.

### Letzte Nachrichten

#### Entspannung im Reichstag

BRN, Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Entspannung der parlamentarischen Lage Fortschritte macht. Es wird zwar damit gerechnet, daß bei der dritten Lesung des Etats noch gewisse Kampfmomente auftreten können. Sie dürften aber kaum ausreichen, um die ordnungsmäßige Verabschiedung der Vorlagen irgendwie zu gefährden.

Im wesentlichen wird die Situation augenblicklich von drei Punkten beherrscht. Das ist einmal die Frage der von der Sozialdemokratie geforderten Erhöhung des Steuerzuschlags auf die Einkommen über 20 000 Reichsmark. Bei der Deutschen Volkspartei machte sich in den letzten Tagen eine gewisse Verunsicherung bemerkbar, weil die Enthaltung des Zentrums im Ausschuss die Annahme des sozialdemokratischen Antrags möglich gemacht hätte, während dem Abg. Dingeldey von Regierungsseite gewisse Zusagen gegen die Zuschlagserhöhung gegeben worden waren. Wie nun bekannt wird, das Zentrum bei der Abstimmung in der Vollversammlung voraussichtlich die Erhöhung ablehnen. Die Schwierigkeiten, die sich aus dieser Frage für die parlamentarische Lage ergeben, wären dann also beseitigt. Es hat dazu übrigens gar nicht erst eines Eingreifens der Reichsgruppen der Koalition bedurft, das gestern offenbar vorbereitet wurde. Freilich ist es immer noch möglich, daß eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten für den sozialdemokratischen Antrag zustande kommt. In diesem Falle erwartet man in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichsrat ebenso Einspruch erhebt, wie gestern gegen den Gefrierfleischvertrag.

Es bleibt dann noch übrig, eine Verständigung über die Dauer der Reichstagsvertretung und über die Durchführung der Sparermächtigung zu erzielen, die bekanntlich vor einiger Zeit zwischen Regierung und Deutscher Volkspartei vereinbart worden ist. Die Regelung dieser beiden Punkte wird die Aufgabe der kommenden Woche sein.

#### Die Reichshandwerkswochen

##### Reichszugführer Dr. Brüning an das deutsche Handwerk

BRN, Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Bei der heute erfolgten Eröffnungsfest der Reichshandwerkswochen im Gebäude des Reichswirtschaftsrats hielt nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Friedrich Dertien, Reichszugführer Dr. Brüning, eine Rede, in der er nach Überbringung der Grüße der Reichs- und der preussischen Staatsregierung der überzeugung Ausdruck gab, daß das Handwerk trotz der gegenwärtigen Krise nicht in müder Resignation zu verfallen brauche.

Es lebe als gleichberechtigtes, geundes und lebensberechtigtes Glied unserer Gesamtwirtschaft. Mehr als 8 Millionen Menschen leben in Deutschland vom Handwerk, und das sei gut so; denn Staat und Wirtschaft seien auf die Erhaltung einer breiten Mittelschicht und deshalb auf die Erhaltung eines gesunden, kräftigen Handwerksstandes angewiesen. Neben der Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses habe das Handwerk auch in sozialer Hinsicht Pflichten. Die gegenwärtige schwere Krise würde sich noch anders und schlimmer auswirken, wenn sich nicht ein erheblicher Teil unserer Produktion noch immer auf Betriebe stütze, die den Charakter des Handwerks zu wahren haben. Es sei das besondere Verdienst des Handwerks, daß es der Wirtschaft nicht nur sachliche und technische, sondern auch geistige Kräfte zuführe. Die Regierung sei bestrebt, angesichts der herrschenden besonderen und allgemeinen Not alles Mögliche zu tun, um dieser Not zu steuern und zur Erhaltung und Förderung des Handwerks beizutragen. Die Bestrebungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zur Selbsthilfe, fanden warmste Anerkennung bei der Reichsregierung.

Wenn das Handwerk die Forderung der Zeit erkennt und befreit ist, das Verhältnis zwischen ihm und seinen Auftraggebern zu kräftigen, durch billige und solide Arbeit zu Bestellungen anzuregen, dann erwerbe es sich ein Verdienst um die Gesundung der wirtschaftlichen Lage.

#### Die 9. Reichsgastwirtschaftsmesse

BRN, Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Auf dem Ausstellungslande am Kaiserdamm wurde heute die große Einheitsveranstaltung „9. Reichsgastwirtschaftsmesse und Kochkunstausstellung“ von Ministerialrat Sänker in Vertretung des durch Dienstgeschäfte verhinderten Reichs Ernährungsministers eröffnet. Mit Rücksicht auf den schweren Kampf, in dem unsere Landwirtschaft im Wettbewerb mit den ausländischen Erzeugnissen stehe, sei es besonders zu begrüßen, daß die Ausstellung eine Fülle von Erzeugnissen der Kochkunst, von den einfachsten bis zu den feinsten, biete, die nur aus den deutschen Erzeugnissen hergestellt seien.

#### Besserung im Befinden Hermann Müllers

BRN, Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Das offizielle Bulletin über den Krankheitsbefund des früheren Reichszugführers Hermann Müller von heute morgen 10 Uhr lautet: Der Zustand des Reichszugführers a. D. Müller läßt heute eine bedeutendere Besserung erkennen.

### \* Zur politischen Lage

#### Die Steueranträge der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit zwei steuerpolitischen Anträgen begnügt, der nach einem 5prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer bei dem Einkommen über 20 000 RM und mit der Erhöhung der Lantiensteuer von 10 auf 20 Proz.

Im Steuerausschuss des Reichstags sind diese Anträge einstweilen angenommen worden, da sich die bürgerlichen Parteien der Stimme enthielten. Die bürgerlichen Fraktionen taten das, da sie in der kurzen Zeit zu den Anträgen noch keine Stellung nehmen konnten. Wie gemeldet wird, werden sämtliche nichtsozialistische Parteien den Forderungen heftigen Widerstand entgegenzusetzen, vor allem der erster Forderung. Über die Erhöhung der Lantiensteuer ließe sich reden. Doch ist das daraus zu erwartende Steuerertragnis so gering, daß es bei einem Milliardenetat gar nicht ins Gewicht fällt.

Wenn die bürgerlichen Parteien der Abstimmung im Plenum über die sozialdemokratischen Anträge fernbleiben, ist das Haus beschlußunfähig, und die Anträge fallen unter den Tisch. Besser wäre es natürlich, wenn es erst gar nicht für einer solchen Kraftprobe käme. Noch immer ist ja mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie ihre Anträge zurückzieht. Die Reichsregierung lehnt diese Anträge ab, da neue steuerliche Belastungen unerträglich sind; speziell der Reichsfinanzminister hat darauf hingewiesen, daß die dringend notwendige Kapitalbildung von neuem erschwert wird, wenn man mit derartigen steuerlichen Belastungen kommt.

Was die „Rationale Opposition“ betrifft, so ist die Fühlung zwischen Deutschnationalen, Nationalsozialisten und den aus der Landvolksbewegung ausgeschiedenen Abgeordneten immer enger geworden. Auch gestern wieder hat eine gemeinsame Besprechung über die allgemeine politische Lage stattgefunden. Dabei habe man in der Versammlung einmütig festgestellt, daß „die Entwicklung genau in den vorausgesehenen Bahnen verlaufen sei, und daß demzufolge keine Veranlassung bestehe, die seinerzeit gefaßten Beschlüsse zu ändern“. Die rechtsradikale Opposition wird also weiterhin den Reichstagsberatungen fernbleiben.

#### Stegerwald im Reichstag

Die Rede, die vorgelesen Reichsarbeitsminister Stegerwald bei der Zweiten Lesung seines Etats gehalten hat, trägt auch ihrerseits dazu bei, ein Kompromiß zwischen dem Kabinett und der Sozialdemokratie zu erleichtern. Demnach sind auch Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Dauer der Vertagung des Parlaments entstanden. In den Besprechungen, die zwischen dem Reichszugführer und den Führern der Sozialdemokratie stattfanden, hat man sich nun darauf geeinigt, daß dem Reichstagspräsidenten der Zeitpunkt der Wiedereinberufung zu überlassen sei.

Stegerwald hat in seiner Rede nochmals betont, daß er sich soweit das auf dem Wege des Schlichtungsweises überhaupt möglich sei, einer allgemeinen Senkung der Reallohne widersetzen werde. Die Senkung der Gestehungskosten sei der Sinn der Regierungspolitik, nicht etwa bloß eine Kürzung der Reallohne. Wenn den bisherigen Bemühungen um eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ein Erfolg nicht beschieden sei, so müßten gesetzgeberische Vorschriften über eine ganz bestimmte Form der Arbeitsstreckung erlassen werden. Würde man eine Anleihe von 1—1½ Milliarden Reichsmark beschaffen können, dann würde es möglich sein, 3—400 000 Menschen Beschäftigung zu geben und damit die Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern.

#### Zu hohe Gehälter

Mit Recht wendet sich die öffentliche Meinung ohne Unterschied der Partei gegen die hohen Gehälter, die den Präsidenten und Direktoren der Reichsbahn und der Reichsbank gezahlt werden. Genaue Gehaltsziffern sind in den letzten Tagen veröffentlicht worden. Sie sind teilweise so hoch, daß sie auf die übrigen Schichten des Volkes geradezu aufreizend wirken müssen. Sentuzutage Gehälter von 50 000 bis 100 000 Reichsmark bei entsprechender Pensionsberechtigung zu zahlen, das ist eine Methode, die schon an Unfug grenzt. Seinerzeit hieß es, die Gehälter der hohen Beamten sollten denen der Reichsbeamten angeglichen werden. Man hat sich über diese Zusicherung vollkommen hinweggesetzt. Die Gehälter, die im Bereich der Reichs-

bahn und der Reichsbank an die hohen Beamten gezahlt werden, sind zwei- bis dreimal so hoch, wie die der Reichsbeamten in entsprechender Stellung. Gewiß haben in der letzten Zeit Kürzungen stattgefunden. Aber sie sind so geringfügig, daß noch lange nicht eine Anpassung — und sei es auch nur eine annähernde — an die Gehälter der Reichsbeamten erreicht ist.

Es ist die höchste Zeit, daß man den radikalen Parteien diese billige Agitationswaffe aus der Hand nimmt. Denn mit dem Hinweis auf diesen Gehaltsunfug können Nationalsozialisten und Kommunisten auch bei denen Eindruck machen, die sonst durchaus nicht radikal veranlagt sind.

Auch im Bereich der Gemeindeverwaltungen gibt es noch viele Gehälter, die zu hoch sind und gekürzt werden müssen. Dieser Tage ist der Berliner Magistrat vom Oberpräsidenten in aller Form aufgefordert worden, nun endlich die Gehaltsätze der städtischen Beamten denen der preussischen Beamten anzugleichen, d. h. sie herabzusetzen. Das Schreiben des Oberpräsidenten enthält genaue Angaben über Herabsetzung der Gehälter der mehr als 40 000 städtischen Beamten und Angestellten. Natürlich handelt es sich dabei nicht bloß um Senkung der Bezüge schlechthin, sondern um eine Umgruppierung der Gehaltsstufen. Bekanntlich sind vor einigen Jahren Gehaltserhöhungen in der Weise durchgeführt worden, daß man einzelne Kategorien höher einstuft. Diese Methode soll jetzt revidiert werden. Bei Verwirklichung der Forderungen des Oberpräsidenten würde man in Berlin fast 30 Millionen Reichsmark pro Jahr einsparen können.

Wenn dem so ist, dann ergibt sich daraus die Erkenntnis, daß in den letzten Jahren eben 30 Mill. Reichsmark pro Jahr an Gehältern zu viel gezahlt worden sind. Wir kommen damit an die Wurzel des ganzen Übels. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die öffentlichen Finanzen immer ungesünder wurden und dem Ansturm der Arbeitslosenunterstützung nicht standhalten konnten, wenn man sich vergegenwärtigt, wie großzügig in den letzten Jahren auf der Ausgaben Seite gewirtschaftet worden ist.

#### Das Flottenabkommen

Aus den neuesten Veröffentlichungen über das französisch-italienische Marineabkommen ersieht man ganz klar, daß Frankreich im ganzen doch recht erhebliche Konzessionen gemacht hat. Frankreich hätte es mit seiner finanziellen Überlegenheit durchaus in der Hand, sich eine Marinestärke zuzulegen, die doppelt so stark ist, wie die Italiens. Und Italien könnte mit seinen schwachen finanziellen Kräften ein Wettstreit gar nicht mitmachen. Ein Marineabkommen, welches so beschaffen ist, daß es der italienischen Flotte einen Rangplatz dicht hinter der französischen einräumt, ist immerhin etwas, worüber sich die Italiener freuen können.

Zur gleichen Zeit sind allerlei Mitteilungen über die Vereinbarungen zwischen England und Frankreich publiziert worden. Das französisch-italienische Marineabkommen ist ja nur ein Teil des großen Rüstungsbegrenzungsabkommens, an dem die englische Politik arbeitet. Wie man sieht, sind aber gerade hier noch manche Fragen (so z. B. die des Kräfteverhältnisses zwischen England und Frankreich auf dem Gebiet der U-Bootwaffe) offen. Von deutscher Seite wird vielfach befürchtet, daß die schwer bewaffneten Großmächte sich vor der allgemeinen Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres über eine „Abrüstung“ einigen könnten, die gar keine ist, die wohl gewisse Reduktionen vorsieht, den Großmächten aber weiterhin ihren starken Rüstungsschutz läßt, ohne Deutschland das gleiche Recht einzuräumen. Nun, das ist ja schließlich für uns die Kernfrage der ganzen kommenden Konferenz. Entweder werden wir von der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages befreit und nach Maßgabe unserer Großmachtsstellung und unser Bevölkerungsziffer in das allgemeine Rüstungsbegrenzungsabkommen eingereiht, oder aber man reduziert die Rüstung aller Mächte auf das durch die Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland vorgeschriebene Maß. Ein drittes gibt es für uns nicht, und die deutsche Politik wird sich mit einer dritten Möglichkeit auch nicht abfinden.

Prof. Dr. Otto Gense in Freiburg 7. Im Alter von nahezu 66 Jahren starb in Freiburg an den Folgen eines Schlaganfalls Dr. Otto Gense, Universitätsprofessor a. D., Geheimrat Hofrat. Der Verstorbene war 33 Jahre lang Ordinarius für klassische Philologie an der Universität Freiburg. Vorher war er an den bekannten französischen Stiftungen in Halle a. d. S. als Lehrer tätig. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts habilitierte er sich an der Universität Halle.

Zu Karl Friedrich Schinkels 150. Geburtstag wurde in Berlin am gestrigen Freitag ein Museum geweiht, das dauerndes Zeugnis geben soll vom Fleische dieses größten der preussischen Baumeister. Was bis jetzt von den von ihm hinterlassenen Werken, niemand recht zugänglich, bewahrt wurde, hat zusammen mit den deutschen Sammlungen im ehemaligen Prinzenpalais Unter den Linden, das Heinrich Gens erbaut hat, eine würdige Stätte gefunden im lebendigen Umkreis der schönsten Bauten des Toten, der gegenüberliegenden Neuen Wache, der Kirche auf dem nahen Berderschen Markt und dem Schauspielhaus am Gendarmenmarkt.

Der Trialfilm „Das Dritte Reich“ freigegeben. Die Filmoberprüfungsstelle Berlin hat den sozialdemokratischen Trialfilm und Werbefilm „Das Dritte Reich“, der seinerzeit von der Filmprüfstelle verboten worden war, zur Vorführung freigegeben.

„Das Flottenkonzert von Sanssouci“ im Saargebiet verboten. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes hat in seiner Eigenschaft als Minister des Innern den Trialfilm „Das Flottenkonzert von Sanssouci“ aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten.

## Aus dem Reichstag

### Der Etat des Reichsarbeitsministeriums

Im Reichstag wurde am Freitag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Nach einer Rede des Kommunisten Schröder-Merxberg, der seine Angriffe ziemlich gleichmäßig auf die Regierung und auf die Sozialdemokraten verteilte, behandelte Abg. Hermann (Wirtschaftsp.), der Führer des Reichverbandes des deutschen Handwerks, die Fragen des Arbeitsministers vom Standpunkt des Handwerks und Gewerbes aus. Er erklärte sich für ein Zusammenwirken der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften, aber gegen die Einbeziehung der Lehrlingsverhältnisse in die Tarifverträge. In den Fragen der Arbeitszeitverkürzung warnte er vor gesetzlichen Zwangsmahnahmen, die zu einer ungesunden Schematisierung führen müßten.

In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Abg. Thiel von der Deutschen Volkspartei aus, der davor warnte, von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung allzuviel für die Linderung der Arbeitslosigkeit zu erhoffen. Dieser Redner verlangte größere Förderung der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung.

Abg. Schmidt-Kassel vom Christlich-Sozialen Volksdienst sah in der jetzigen Wirtschaftskrise die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Mensch und Maschine. Die Inflation der Maschine verdränge den Menschen, und es komme jetzt alles darauf an, eine Lösung zu finden, die dem arbeitenden Menschen gerecht wird.

Heute, Samstag, um 10 Uhr wurde die Beratung fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht ferner die Genfer Konvention.

Abg. Gemeter (Landw.) begründete einen Antrag der Landvolkpartei auf Ablehnung der Genfer Abmachungen über den Zollfrieden. Dieses Abkommen greife tief ein in die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft. Der jetzige Ernährungsminister, Schiele, könne allerdings nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Trotz aller schönen Erklärungen auf der Genfer Wirtschaftskonferenz hätten die übrigen Länder ihre Pölle erhöht. Das Abkommen sei nur ein Stück der Völkerverbundspolitik, die Deutschland belogen und betrogen habe. Abg. Dr. Schneider-Dresden (D.Vp.) erklärt, daß das Genfer Abkommen eine geringe praktische Bedeutung habe. Es ist mehr eine schöne Geste. Wenn wir ihm zustimmen, so besteht auch für die Landwirtschaft kein Grund zur Aufregung. Wir entfernen uns damit nicht von der agrarischen Schutzpolitik, die wir heute in einem Maße treiben, wie niemals vorher.

### Die Lage der Reichsfinanzen

#### Rein höheres Defizit

In einer Abend Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde am Freitag der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Bei dieser Gelegenheit gab Reichsfinanzminister Dietrich einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Reichseinnahmen in ihrem Verhältnis zum Voranschlag. Der Minister legte an Hand einer Einnahmeübersicht dar, daß seine damaligen Schätzungen über die Höhe des Reichsausfalls auch heute noch zutreffen. Die Einnahmegerüstung beweise, daß der übertriebene Pessimismus gewisser Kreise, den er nicht teile, nicht in diesem Maße gerechtfertigt sei.

Im Verlaufe der Aussprache machte die Deutsche Volkspartei, wie der Abg. Dr. Gremer ausführte, ihre Zustimmung zum Reichshaushalt davon abhängig, daß die gesetzliche Festlegung der Ermächtigung der Regierung zu den erforderlichen Ausgabebefugnisse in Haushaltsgesetz erfolge.

Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium erklärte auf verschiedene Anfragen, daß in den in Frage kommenden Ministerien der Länder und des Reiches Beratungen darüber stattfinden, auf welche Weise die Schwierigkeiten der Gemeinden gemildert werden könnten.

In der Abstimmung wurde zunächst der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung angenommen. Dabei fand eine sozialdemokratische Entschließung Annahme, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach Angehörige von unfruchtlichen Parteien nicht in die Schutzpolizei aufgenommen werden können. Der Antrag der Wirtschaftspartei, eine Sparermächtigung für die Regierung zu erteilen, wurde schließlich zurückgestellt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, eine Stellungnahme zu diesem Antrag herbeizuführen. Nächste Sitzung am Samstag: Ergänzungshaushalt.

### Der Reichsrat gegen Gefrierfleischimporte und Brotgesetz

#### Zustimmung zur Zollermächtigung

Der Reichsrat erhob in seiner Vollsitzung am Freitag Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Brotgesetz und gegen das vom Reichstag angenommene sozialdemokratische Initiativgesetz, das wieder ein zollfreies Gefrierfleischkontingent einführen wollte.

Bei der Abstimmung über das Brotgesetz enthielt sich Hamburg der Stimme. Den Einspruch gegen das Gefrierfleischkontingent begründete der thüringische Gesandte Dr. Mängel. Der sächsische Gesandte Dr. Grabnauer schloß sich diesem Einspruch an, ebenso der Vertreter von Lippe. Dagegen erklärten sich Staatssekretär Dr. Weismann für Kreuzen sowie ferner der Vertreter von Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck gegen den Einspruch, während der Vertreter Hessens sich der Stimme enthielt.

Ferner wurde das neue Agrargesetz (Zollermächtigung) vom Reichsrat angenommen.

Schließung einer kommunistischen Ausstellung. In Berlin wurde eine von den Kommunisten im Stadtteil Wedding eröffnete zweite „Groß-Berliner Presse- und Kultur Ausstellung“ polizeilich geschlossen. Die Schließung ist auf Proteste aus sämtlichen Kreisen zurückzuführen.

### Kleine Chronik

Der Fall Wolf-Kienle in Stuttgart. Die Zahl der mittelbar oder unmittelbar beteiligten Personen ist auf weit über 1000 aus allen Ständen angewachsen.

Der Wasserereignis auf der See Engelsburg in Bodrum wird allem Anschein nach zu der Stilllegung der Schachtanlage führen. Die von dem Unglück betroffene See, die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke gehört, beschäftigt rund 2000 Arbeiter. Weitere Schachtanlagen sind nicht gefährdet. Die sechste Sohle, die eigentliche Fördersohle, ist vorläufig noch nicht gefährdet.

In der Arrenanstalt Schleswig wurde die zehnjährige Tochter des Anstaltsarztes, Sanitätsrats Dr. Meyfrowitz, von einem 32jährigen, aus Flensburg stammenden Anstaltsinsassen namens Richter auf behaltliche Weise ermordet. Der Mörder, der mit häuslichen Arbeiten bei dem Sanitätsrat beschäftigt war, flüchtete; er konnte bisher noch nicht ergriffen werden.

## Aus den Ländern

### Besprechung über die württembergischen Wirtschaftsfragen in Berlin

Der württembergische Wirtschaftsminister weilt am Donnerstag — wie aus Stuttgart mitgeteilt wird — in Berlin und verhandelt mit dem Reichsernährungsminister wegen der Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft, der bäuerlichen Beredlungswirtschaft und des Flachsbauens. Beim Leiter des Reichswirtschaftsministeriums wurden die schwebenden Fragen der Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Möbel- und Holzindustrie sowie der flachverarbeitenden Industrien erörtert. Bei der Reichsbahnverwaltung fanden Besprechungen über die Elektrifizierung der Strecke Ulm—Stuttgart statt und wegen der damit zusammenhängenden Auftragserteilung, bei der eine entsprechende Berücksichtigung württembergischer Firmen gefordert wurde. Sämtlichen Besprechungen lagen die Motive zugrunde, die von der württembergischen Geschäftskammer schon wiederholt in den Vordergrund ihres Wirkungskreises gestellt worden waren und die eine entsprechende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Stuttgarts im Rahmen der Gesamtinteressen Württembergs als notwendig erscheinen lassen.

Der thüringische Koalitionskonflikt. Die thüringische Fraktion der Deutschen Volkspartei erklärt nun, sie betrachte sich von einer koalitionsmäßigen Bindung an die Nationalsozialisten frei. Sie werde mit den anderen bürgerlichen Regierungsparteien weiter in Fühlung darüber bleiben, ob und wie die Schwierigkeiten, an denen das Thüringer Land gerade jetzt leidet, als je zu leiden habe, in den nächsten Wochen überwunden werden können.

Der 1. Mai in Braunschweig. Die braunschweigische Regierung Kückenthal und Franzen hat einen Gedenktag aufgearbeitet, der den 1. Mai als geschichtlichen Feiertag in Braunschweig abschafft. Der 1. Mai war schon einmal als geschichtlicher Feiertag befestigt; die letzte sozialdemokratische Regierung hatte ihn wieder zum Feiertag erhoben.

Ein Zwischenfall im Sächsischen Landtag. Als im Sächsischen Landtag der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ am Freitag gegen Schluß der Sitzung beim Verlassen des Landtages an einer Gruppe von Nationalsozialisten vorbeiging, wurde ihm nachgerufen: „Das ist also der Bursche! Der sieht schon so aus, wie eine Remarque-Typ!“ Es kam zu einer Auseinandersetzung, wobei der Abg. Frisch rief: „Au aber naus!“ Der Korrespondent legte beim Landtagspräsidenten Beschwerde ein, auch die Landtagsjournalisten beschloßen eine Eingabe.

Ein nationalsozialistischer Polizist schießt auf seinen Vorgesetzten. In Hamburg zog der Polizeioberwachmeister Friedrich Kobl, als er von dem Regierungsrat Bassally in einer Dienstreisefache wegen nationalsozialistischer Betätigung benommen wurde, seinen Dienstrevolver und gab auf den Regierungsrat einen Schuß ab, der diesen schwer verletzte. Bassally befindet sich jedoch außer Lebensgefahr. Der Täter ist verhaftet. Es wird betont, daß es sich hier um einen Einzelfall nationalsozialistischer Betätigung in der Hamburger Polizei handle, der keineswegs verallgemeinert werden könne.

### Kurze Nachrichten

Professor Albert Einstein ist in der vergangenen Nacht mit einem Segelboot in Hamburg eingetroffen.

Die arbeitslosen Tabakarbeiter. Bei Beratung der Position über die Unterstützung der durch die Tabaksteuernobelle arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde von verschiedenen Fraktionen aus Klagen aus den Kreisen der Arbeiterschaft über die Art der Gewährung der Unterstützung und Auszahlung hingewiesen. Vom Reichsfinanzministerium wurde darauf erwidert, daß jeder konkreten Beschwerde im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium nachgegangen werde.

Fünf-Tage-Arbeitswoche bei der J. G. Farbenindustrie. Die J. G. Farbenindustrie teilt mit, daß sie in Ludwigshafen und Oppau durch Einführung der 40-Stundenwoche vor längerer Zeit schon die Entlassung von weiteren Arbeitern und Angestellten vermied, so daß eine Neueinstellung in den Werken Ludwigshafen und Oppau nicht in Frage kommt. Was also in Greppin und Beckhofen (auch in Höchst) jetzt geschieht, ist gewissermaßen in Ludwigshafen bereits vor längerer Zeit schon erfolgt.

## Badischer Teil

### Die Bad. Landwirtschaftskammer zur Gefrierfleischfrage

Die Badische Landwirtschaftskammer hat kürzlich der badischen Regierung einen Vorschlag für einen Ersatz der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland unterbreitet, der, die badischen Verhältnisse berücksichtigend, die Willigung der badischen Regierung gefunden hat und der auch der Reichsregierung unterbreitet worden ist. Der Vorschlag geht davon aus, daß einmal frisches Fleisch besser ist als Gefrierfleisch, und daß zweitens die Mittel, die heute von der Reichsregierung zur Stützung der Rindviehmärkte aufgewendet werden, dem Inlande voll erhalten werden sollen. Dabei würden einmal die für die Marktsützung ausgegebenen Beträge ausschließlich dem Inlande zugutekommen und umgekehrt würde eine die deutsche Viehwirtschaft schädigende Einfuhr von billigem Auslandsfleisch vermieden werden.

Die Badische Landwirtschaftskammer hält es für durchaus möglich, daß die Viehverwertungsgenossenschaften das benötigte Vieh aufkaufen, schlachten und das Fleisch an bestimmte Verteilungstellen verkaufen. Dieser Verkauf würde durch einen Zuschuß der Reichsregierung zu einem Preis erfolgen, der es ermöglicht, das Fleisch an die minderbemittelte Bevölkerung zu den gleichen Preisen abzugeben, wie das zollfreie Gefrierfleisch.

Die Verteilung des Fleisches würde durch besondere Verkaufsstellen erfolgen müssen. Diese können entweder Metzgereien sein, die dann aber nur dieses verbilligte Fleisch verkaufen dürften, oder öffentliche Verkaufsstellen, wie sie die Schlachthöfe in den Freibädern usw. haben. Die Beschränkung des Käuferpreises könnte, sofern sie überhaupt erfolgen muß, durch Vorweisung der Kleinrentnerkarte, Erwerbslosenbescheinigung usw. erfolgen.

Die Verbilligung selbst würde erfolgen durch Zuschüsse der Reichsregierung, durch die die Viehverwertung in der Lage gesetzt werden, das Fleisch so billig an die Verkaufsstellen abzugeben, daß diese im Kleinen Verkauf mit dem gleichen Preis auskommen, nämlich 65 Pf. für das Pfund, wie das Gefrierfleisch getotet hat.

Die Unterbreitung des oben kurz umrissenen Vorschlags war der Landwirtschaftskammer erst möglich, nachdem sie jüngst die nötigen organisierten Maßnahmen zu Ende geführt hatte.

## Maßnahmen gegen die Junglehrernot

Die Mannheimer „Neue Badische Landeszeitung“ berichtet über den Inhalt des bereits fertiggestellten Gesetzentwurfes zur Behebung der Junglehrernot, daß der Unterrichtsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt werden soll, die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen zur Behebung der Junglehrernot zu ergreifen, ohne daß dadurch das Finanzgesetz berührt wird. Das neue Gesetz soll Geltung haben ab 1. April 1931 bis 31. März 1934. Die zu treffenden Maßnahmen sind unverzüglich dem Landtag vorzulegen und auf dessen Verlangen sofort aufzuheben.

Die in Aussicht genommenen und im Verordnungswege zu treffenden Maßnahmen bewegen sich auf folgender Basis: 1. § 17 Absatz 2 des Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 24. Februar 1928 wird für die Dauer der Verordnung außer Kraft gesetzt; 2. sollen die Dienstalterszulagen für die verheirateten außerplanmäßigen Volks- und Fortbildungsschullehrer, die sie nach dem angeführten Artikel zu erhalten hätten, nur bis 31. März d. J. gewährt werden. Mit Hilfe der dadurch erzielten und anderer Ersparnisse — wobei man besonders mit den Einsparungen durch Sperrung des Zuganges bei den Lehrerbildungsanstalten rechnet — sollen bisher nicht verordnete Junglehrer bzw. Junglehrerinnen unter Gewährung einer Kaufschulvergiütung von monatlich 140 M an Volks- und Fortbildungsschulen usw. über die gesetzlich gebotene Lehrstellenzahl hinaus als Schulvikare in voller Verantwortung beschäftigt werden. Dabei sollen diejenigen Gemeinden, welche die zur Zeit übernommene Zahl von übergesetzlichen Lehrstellen vermindern, von der Zuweisung solcher Vikare ausgeschlossen werden. Die Regierung hofft, von den etwa 900 unverwendeten Junglehrern sofort etwa 120 bis 150 einstellen zu können, wozu im Mai noch etwa 100 bis 120 kommen sollen.

## Tagung des Südwestdeutschen Hilfsverbandes

Im BürgerSaale des Karlsruher Rathauses trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Direktors Erich Mannheim, die 9. Hauptversammlung des Südwestdeutschen Hilfsverbandes zusammen. Aus Baden und Württemberg sind zahlreiche Mitglieder, Vertreter von Behörden und andere an der Wohlfahrtspflege interessierte Persönlichkeiten erschienen. Der Verbandsvorstand eröffnete die Tagung mit einem kurzen Hinweis auf Zweck und Ziel der Hilfsvereine für die geistesschwache Jugend.

Darauf hielt Universitätsprofessor Dr. Deetling, Freiburg, einen spannenden Vortrag über das Problem der Willens- und Arbeitsmangel, wobei er besonders auf die Wohlfahrt des Arbeitslosenunterstütztes für die geistig zurückgebliebenen Kinder abhob, die man dazu bringen wolle, daß auch sie das Gefühl der Selbstständigkeit besitzen.

Hilfsschullehrer M. Kreidler, Mannheim, behandelte das Thema „Die Eingangsleistungen der Hilfsvereine, ihre Organisation und ihr Ausbau in Baden“.

Am Nachmittag findet eine geschlossene Mitgliederversammlung statt.

## Werbe-Rundgebungen

### anlässlich der Reichshandwerkswoche

Die anlässlich der „Reichshandwerkswoche“ mancherorts, auch in Baden, in Aussicht genommenen Werbeumzüge fallen, sofern sie keinerlei politischen Charakter haben, nicht unter die Verordnung vom 4. März 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47).

## Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarrenindustrie. In Rheinsheim (Amt Bruchsal), haben die beiden dortigen Zigarrenfabriken sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt, so daß die Arbeitslosenliste erfreulich vermindert wurde. — In Eßlingen (Amt Bruchsal) hat die Zigarrenfabrik N. Wimmer nach 70-jährigem Bestehen völlige Stilllegung und Liquidation eintreten lassen müssen.

## Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Im 79. Lebensjahre ist Kunstmaler Prof. Otto Kemmer, ein Sohn des badischen Kantonslandes, gestorben. Er wirkte in den 80er und 90er Jahren als Lehrer und Direktor an der Karlsruher Malerschule.

Neuer Chefarzt. Der Stadtrat Karlsruhe hat beschlossen, die Stelle des Chefarztes der chirurgischen Abteilung am Stadt-Krankenhaus und des ständigen Stellvertreters des ärztlichen Direktors der Anstalt dem Professor Dr. Drevermann zu übertragen. Professor Dr. Drevermann steht im 41. Lebensjahre und ist ein Schüler des bekannten Chirurgen Geh. Rat Professor Dr. Lexer.

Margueritentag der Rotgemeinschaft. Es sei nochmals auf die am Sonntag zugunsten der Karlsruher Rotgemeinschaft zur Durchführung kommende Haus- und Straßensammlung aufmerksam gemacht. Keiner weise die jugendlichen Sammler, die so bereitwillig an der Linderung der großen Not mitarbeiten, ab. Jeder hat wohl einen Helfer, den er der Sammelbüchse zur guten Verwendung anvertrauen darf. Wer etwas mehr tun will, der laufe sich das Karlsruher Notabzeichen. Jeder Spender wird an der von den Sammlern ausgegebenen Marguerite kenntlich sein. Infolge des langanhaltenden Winters ist die Not noch weiter gestiegen, so daß dringende Hilfe für unsere Notleidenden auch jetzt noch notwendig ist.

Vom Fußballsport. Der beim Karlsruher Trainingspiel der deutschen Fußball-Ländermannschaft beteiligte Regensburger Torwächter Jakob hofft bereits diesen Sonntag das Krankenhaus wieder verlassen zu können. Die erstlittene Verletzung hat sich erfreulicherweise als nicht so schlimm herausgestellt, wie ursprünglich angenommen wurde. Die deutsche Ländermannschaft ist am Freitagnachmittag unter Führung von Dr. Schröder (Karlsruhe) nach Paris abgereist.

Mit der Pistole auf das Arbeitsamt. Auf dem Arbeitsamt Karlsruhe wollte ein Arbeiter von hier die Kassenbeamten durch Vorhalten einer Pistole, die jedoch nicht geladen war, zur Herausgabe seiner Arbeitslosenunterstützung nötigen. Der Mann wurde vorläufig festgenommen.

Stinkbomben im Kino. In einem hiesigen Lichtspieltheater wurde gestern abend die letzte Vorstellung durch Regen von Stinkbomben gestört.

Badisches Landestheater. Infolge Erkrankung von Gertrud Weiling singt in der Aufführung von Bizets „Carmen“ am Sonntag, den 15. März, Ellen Winter die Titelpartie und Elfriede Haberhorn die „Mercedes“.

Die Arbeitslosigkeit in Durlach. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich in den letzten Wochen in Durlach wiederum um über 50 erhöht; sie beträgt zur Zeit 1970.

## Zur Reichshandwerkswoche

### Anstellung des Landesgewerbeamts Karlsruhe

Aus Anlaß der Reichshandwerkswoche wird vom Badischen Landesgewerbeamt unter Beizug der Handwerkskammern des Landesverbandes Bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und der Fachverbände bzw. Innungen ab 15. bis 30. März eine Werbeausstellung in Karlsruhe veranstaltet.

Die Ausstellung soll der Allgemeinheit die Bedeutung des Handwerks vor Augen führen, um es in seinem wirtschaftlichen Kampf zu unterstützen. Den einzelnen Gewerbebezügen, soweit sie zu einer Mitarbeit bereit waren, wurden getrennte Stände und Plätze eingeräumt, auf denen die verschiedenen Handwerksarten in leicht erkennbarer Weise sowohl durch ihre Erzeugnisse als durch Darstellung ihrer Arbeitsweisen von einst und jetzt vertreten sind. Diese Darbietungen von den Besuchern überzeugend bewiesen, daß auch das Handwerk fortgeschritten ist und sich bezüglich seiner Produktion neuentwickelt hat durch Verwendung aller jeweils in Betracht kommender Hilfsmittel an Maschinen, Handwerkszeug und Materialien. Die Veranstaltung will absichtlich nicht auf Geschmackskultur bei den ausgestellten Ständen eingehen, sondern nur den Wert und die Bedeutung der handwerklichen Arbeit zeigen.

Der Besuch der Ausstellung ist kostenlos.

\*

Die Ausstellung wurde heute, Samstag, vormittag 11 Uhr mit einer feierlichen Feier eröffnet, wozu sich Staatspräsident und Minister des Innern Wittenmann und eine große Zahl Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie der Stadt Karlsruhe, der Handwerkerorganisationen und Fachverbände eingeladen hatten.

Die Eröffnungssprache hielt der Direktor des Landesgewerbeamtes, Oberregierungsrat Buerius, der u. a. ausführte:

Diese Selbsthilfe des deutschen Handwerks, das gegenwärtig auch unter den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen einen harten Existenzkampf zu führen hat, ist nur zu begrüßen. Es bedeutet sicher einen großen Vorzug der deutschen gewerblichen Wirtschaft vor der anderer Länder, daß in ihr die gewerbliche Produktion nicht allein sich auf Industriebetriebe, sondern auch auf die Handwerksbetriebe stützt. Die gegenwärtige Zeit erscheint ganz besonders dazu angetan, um zu zeigen, daß es nicht geringe Gefahren in sich schließt, wenn sich unsere Wirtschaft allein auf die Industrie stützen müßte. Aber nicht die verhältnismäßig große Zahl von etwa 1 1/2 Millionen Handwerksbetriebe mit etwa 3 Millionen beschäftigten Personen ist es, die zahlenmäßig die Bedeutung des Handwerks erkennen läßt, vielmehr das große Verdienst, das sich das Handwerk Jahr aus Jahr durch die Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses erwirbt. Das Handwerk hat alle die vielfältigen Arbeitstechniken, die wir heute bei der Fertigung in Industrie- und Handwerksbetrieben anwenden, einst ausgebildet und bis auf den heutigen Tag uns überliefert. Die Beherrschung dieser Arbeitstechniken ist der besondere Vorzug der deutschen Facharbeiterschaft, und in ihr wieder liegt, wie wir wissen, wohl die wertvollste Stütze unserer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Diese Ausstellung hat die Bezeichnung „Werbeausstellung“. Es soll damit gesagt sein, daß sie nur einen typischen Ausschnitt gibt über das, was die einzelnen Handwerksberufe leisten und sie damit für unsere Volkswirtschaft bedeuten. Sie ist deshalb auch keineswegs etwa erschöpfend, sondern sie hat mehr einen repräsentativen Charakter bekommen und will nicht durch die Masse, sondern durch das Typische wirken. Sie gibt uns auch Aufschluß darüber, wie das moderne Handwerk den technischen Fortschritt nutzbar gemacht hat. Vor allen Dingen danken wir der Handwerkskammer Karlsruhe für die tatkräftige Unterstützung, dann aber ganz besonders herzlich allen Fachverbänden des Handwerks und den Karlsruher Innungen für die wirklich verständnisvolle Mitarbeit.

Wägte nun die Ausstellung ihren Zweck auch erfüllen, möchte sie dem Handwerk helfen und in weiten Kreisen unserer Bevölkerung Sinn und Verständnis für die Bedeutung des Handwerks wecken. Wägte sie dann aber auch dazu beitragen, daß der Kreis derjenigen, die das Handwerk mit ihren Aufträgen betreten, immer größer wird, und daß so auch die Verbesserung sich ihrer Pflichten gegenüber dem Handwerk bewußt wird. Wägte es vor allen Dingen bald auch wieder soweit kommen, daß das Kunsthandwerk, das ja leider gegenwärtig so schwer darniederliegt, wieder zur Geltung kommt, und daß die Nützlichkeit und Sachlichkeit, die gegenwärtig Mode ist, hoffentlich recht bald als überwunden gelten kann, denn es gibt in der Tat nichts Schöneres und Wertvolleres, als wenn ein Erzeugnis mit dem Nützlichen auch das Schöne verbindet. Mit diesen Wünschen erkläre ich die Ausstellung für eröffnet.

Namens des gesamten badischen organisierten Handwerks richtete der Präsident der Handwerkskammer, Henmann, herzliche Worte des Dankes an das Landesgewerbeamt für die Eröffnung dieser für das Handwerk so wichtigen Ausstellung. Auch er erinnerte daran, daß in der kommenden Woche das Handwerk im ganzen Reich für sich wirbt. Im besonderen aber wies er auf die hohen Verdienste hin, die sich das Landesgewerbeamt Karlsruhe und insbesondere sein Direktor in unermüdlicher, anregender und fördernder Weise um das badische Handwerk erworben habe. In den außerordentlich schweren Zeiten, die auch dem badischen Handwerk nicht erspart geblieben seien, habe es immer an dem Landesgewerbeamt Halt und Stütze gefunden.

An die Eröffnungssprache schloß sich ein Rundgang.

Bericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe von heute morgen: Das Wetter ist bei uns auch heute unter dem Einfluß eines flachen über dem Festland liegenden Hochdruckrückens im wesentlichen heiter geblieben, so daß Aus- und Einstrahlungen den täglichen Temperaturgang regeln. Lediglich hohe Bewölkung zieht zeitweise auf, doch wird das Strahlungswetter vorerst anhalten. Allmählich gewinnt jetzt eine von Finnland über die Nordsee und England nach dem Dnieper reichende Tiefdruckrinne an Bedeutung. Unter ihrem Einfluß wird sich im Laufe der nächsten Tage unsere Witterung wesentlich orientieren und damit Zufuhr maritimer Luft bringen. Voraussage: Noch Fortdauer des vorwiegend heiteren Strahlungswetters, Nachtfröste, am Tage milder.

Colosseumtheater. Auf die heute und Sonntag abend stattfindenden Abschiedsvorstellungen, die jeweils um 8 Uhr beginnen, wird besonders hingewiesen. Es verabschiedet sich Marga Peter von der komischen Oper Berlin mit ihrem Ensemble vom hiesigen Publikum. Zur Aufführung gelangt die überaus heitere Musikalpoë „Der Affenbaron“.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Die Gengenbacher Mörder geständig

OB. Offenburg, 14. März. (Tel.) Die Ermordung der 78 Jahre alten Franziska Schilli in der Nacht zum Montag, den 2. März, in Gengenbach-Einach ist durch ein vollständiges Geständnis der beiden verhafteten Handwerksburschen Panther und Vogel, die in Zehenheim am vergangenen Donnerstag festgenommen worden waren, aufgeklärt worden.

Danach hat sich die Tat wie folgt zugetragen: Die Mörder haben am Samstag, den 28. Februar, in Gengenbach gebettelt und fanden im Hause der Ermordeten geschlossene Türen. Darauf beschloßen sie, dort einzubrechen. Am Sonntagabend entfernten sie sich aus der Gengenbacher Herberge und begaben sich nach dem Zinten Einach, wo sie sich in einem Heuschuppen eine Zeltlager verdeckt hielten. Hierbei rauchten sie Zigaretten, was zu ihrer endgültigen Überführung werden sollte. Zum Drehen der Zigaretten war nämlich österreichisches Zigarettenpapier benutzt worden, das der eine von ihnen von seiner Walze in Österreich in reichlichen Mengen mitgebracht hatte. Als es ruhig geworden war, drangen die beiden in das Haus der Witwe Schilli ein, indem sie die Tür aus den morschen Angeln hoben. Als sie in die Wohnstube eindringen, fiel ein vor die Schlafzimmertür gestellter Stuhl um, wodurch die im Schlafe liegende Greisin erwachte. Ehe sie um Hilfe rufen konnte, hatte sich Panther auf sie gestürzt und drückte ihr mit Gewalt die Kehle zu, wobei er den Halsknorpel zerdrückte. Vogel zwangte der Greisin einen Tuchnebel in den Mund. Dann durchsuchten sie die Wohnung, wobei ihnen zwei Geldbeutel mit 25 RM., die die beiden teilten und noch am gleichen Abend verbrachten, in die Hände fielen. Die Beutel wurden später gefunden. Ungefähr 300 RM. hatte die Frau so gut versteckt, daß die Täter sie nicht fanden.

### Der Bärle-Prozess in Freiburg

#### Deute abend voraussichtlich Urteil

Am 13. Verhandlungstage, am Freitag, des Bärle-Prozesses hielt der erste Staatsanwalt Dr. Orth nach Klärung einiger noch strittiger Punkte seine fast dreistündige Anklagerede, in der er mit den Angeklagten Bärle und Herling scharf ins Gericht ging und ihnen vorwarf, sie hätten durch sträflichen Leichtsinns, verbrecherisches Treiben und fahrlässige Stupellosigkeit viele Personen schwer geschädigt. Mit Geldern fremder Leute wurde gewissenlos gewirtschaftet und noch nach der Überschuldung der Bank wurde von den beiden Inhabern der Kasse Gelder entnommen, die ihnen einen luxuriösen Lebenswandel erlaubten. Viele Notgroßen seien verlorengegangen. Manche Familie sei ins Elend gestürzt worden. Insgesamt hätten die Angeklagten durch Unterschlagungen und wilde Spekulationen 4 Millionen verwirrwirrt. Der (bereits von uns gemeldete) Strafantrag von 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust möge hart erscheinen, auch die von den beiden Angeklagten verübten Verbrechen verlangten eine gerechte Sühne.

Bei Verkündung des Strafantrags weinte Herling. Bärle brach zusammen und schluchzte laut. Da die Angeklagten nicht mehr bernehmungsfähig waren, wurde die Sitzung abgebrochen und die weitere Verhandlung auf heute, Samstag, vormittag verlagert. Das Urteil dürfte am heutigen Samstagabend gesprochen werden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält in Nr. 13 das Gesetz über die Änderung des Gesetzes betr. Regelung des Staatshaushalts (Finanzgesetz) für die Jahre 1930 und 1931, ferner Verordnungen des Staatsministers betr. Verteilung der Kaufschätze zur Ablösung von Verwaltungskostenzuschüssen auf die Gemeinden und betr. Umzugskosten.

bl. Mannheim, 14. März. Die Mannheimer Firma Strebelwerke G.m.b.H. hat bei der Polizei in Budapest Anzeige erstattet, daß der Kaufmann Alexander Samuel Joldos ihr 100 000 Pengs veruntreut habe. Joldos hat den Erlös für von der Firma bezogene Waren seit 1928 für eigene Zwecke verwendet. Er wurde verhaftet.

OB. Weinheim, 13. März. Während in den Bergen noch zum Teil meterhoher Schnee liegt und weitere neue Schneefälle eingetreten sind, ist an der Bergstraße, zwischen Darmstadt und Heidelberg, jetzt der Frühling eingezogen. Trotz der nächtlichen Kälte haben in Weinheim an der Bergstraße an geschützten Stellen bereits die ersten Mandelbäume zu blühen begonnen.

OB. Rehl, 13. März. Im Konkursverfahren über das Nachlassvermögen des Fabrikanten Ernst Kiefer in Rehl soll eine weitere Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind 92 000 RM verfügbar. Zu berücksichtigen sind 3 064 202,97 RM nicht bevorrechtigte Forderungen. Die bevorrechtigten Forderungen sind befriedigt.

OB. Freiburg, 14. März. Der Vorstand der Freiburger Reichsbankstelle, Reichsbankdirektor Geh. Regierungsrat Müller, ist in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M. versetzt worden. Geh. Rat Müller ist bekannt durch seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt, wo er längere Zeit als finanzieller Beirat in Rußland und Serbien tätig war.

W.D. Buggingen, 4. März. Zum Sprengstoffunfall im Kalkwerk Buggingen, bei dem vier Arbeiter verletzt sein sollen, erzählt das W.D. folgendes: Am Donnerstagvormittag waren im Abbau 9 im Nordfeld Arbeiter mit Sprengungen beschäftigt. Beim Besetzen eines Bohrloches klemmte sich eine Patrone. Entgegen der bestehenden Vorschrift, benutzte der Arbeiter Joseph Kamenisch statt des hölzernen Ladestocks eine Eisenstange. Dabei explodierte der Sprengschuß und brachte dem Kamenisch leichte Wunden am Kopfe, an der Brust und am Bauche bei. Auch eines der Augen wurde leicht beschädigt; irgendetwas Gefahr besteht für das Auge jedoch nicht, wie es überhaupt nicht richtig ist, von schwereren Kopf- und Brustverletzungen zu sprechen. Die drei anderen Arbeiter erlitten ganz geringfügige Schrammen. Sie sind bereits wieder im Betriebe tätig.

bl. Neuhingen bei Waldshut, 13. März. Dienstag abend stürzten im Schächtal beim Schwedenselsen gewaltige Schneemassen auf die Straße, so daß der Verkehr auf die Dauer von drei Stunden unterbrochen war, bis das Aufgebot der Arbeiter die Straße wieder freigelegt hatte. Die Schneemassen richteten an Bäumen, namentlich im Walde, großen Schaden an. Das arme Wild leidet furchtbar. Trotz der Errichtung von Futterstellen und Füllens von Rehtannen wird manches Tierchen dem Hungertode preisgegeben sein. Die Rehe gehen bei einzelnen Gehöften ganz bis zu den menschlichen Wohnungen. Sie sind vielfach bis zum Skelett abgemagert. Enormer Schaden entstand in letzter Zeit an Obstbäumen infolge Hasenfraßes.

**Bad. Beamten - Dienstuniformen**  
jeder Art liefert vorschriftsmäßig K.660  
**Firma J. Holzwarth,**  
Karlsruhe, Telefon 108. Zähringerstraße 112

